

Mehr Demokratie e.V.  
Ralf-Uwe Beck | Steffen Krenzer  
9. Mai 2021  
Beschlossen vom Bundesvorstand im Mai 2021

## Der Demokratie-Bezug des Klima-Themas

### A. Klimaschutz und Demokratie – ein unlösbarer Zusammenhang

Die Folgen der Erderwärmung kumulieren zu einer globalen Bedrohung. Die Menschheit bringt sich selbst in Gefahr. Angesichts der bisher errechneten Szenarien hat sich die Staatengemeinschaft bei der Klimakonferenz in Paris 2015 darauf verständigt, die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad zu halten und ernsthafte Anstrengungen zu unternehmen, die Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.<sup>1</sup> Sie liegt derzeit schon bei 1,2 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit.

Im Mai 2021 hat die Bundesregierung neue Klimaziele beschlossen, die sich dem Pariser Abkommen immerhin annähern. Das im September 2019 verabschiedete Klimapaket wäre, würden alle Staaten vergleichbar handeln, auf eine Temperatursteigerung von 2,5 Grad hinausgelaufen. Die neuen Klimaziele sind rechnerisch mit dem 2-Grad-, sicher aber noch nicht mit dem 1,5 Grad-Ziel vereinbar.<sup>2</sup>

Die Bundesregierung hielt ihr Klimapaket von 2019 für das gerade noch demokratisch Machbare.<sup>3</sup> Das hat sie jedoch nicht ermittelt, nicht ausgelotet und nicht nachgewiesen. Sie hat die Verantwortung für das Klimapaket, das den Pariser Klimazielen nicht genügen kann, den Wählerinnen und Wählern zugeschoben und ihnen damit mangelnde Einsichts- und Entschlussfähigkeit unterstellt.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 29. April 2021 klar gemacht, dass die Politik plausible Pläne vorzulegen hat, wie das Klimadesaster abgewendet werden kann. Der Klimaschutz dürfe nicht auf die lange Bank geschoben werden, nur um heute Einschnitte zu vermeiden. Dies nämlich könnte die Freiheitsrechte zukünftiger Generationen einschränken.<sup>4</sup> Das Gericht drängt also darauf, das politisch Machbare an das politisch Notwendige anzunähern. Die Reformen müssen mit dem Problem, das sie lösen sollen, Schritt halten. Vereinfacht gesagt: Was zu tun ist, muss auch getan werden.

---

<sup>1</sup> [https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Klimaschutz/paris\\_abkommen\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf)

<sup>2</sup> Hier können wir auf eine Anlage vom Handbuch Klimaschutz verweisen, in der verschiedene Pfade durchgerechnet werden. Diese muss aber neu hochgeladen werden, schaffe ich vmtl. vor Mittwoch

<sup>3</sup> Vgl. z.B. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/nach-klima-strategie-einigung-merkel-verteidigt-klimapaket-16393990.html>

<sup>4</sup> Urteil vom 29.4.21, siehe

<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html>

Auch bei dem kürzlich nachgebesserten Klimapaket ist unklar, ob es genügt. Allein dem Buchstaben des Pariser Abkommens zu entsprechen, garantiert noch nicht einen Klimaschutz, der erforderlich wäre, um schlimme Schäden abzuwenden. Die gesetzten Ziele, wenn sie überhaupt genügen, müssen zudem mit Maßnahmen untersetzt werden.

Alles, was hier nicht unternommen wird, wird die Gesellschaft auszubaden haben. Bereits der gering erscheinende Unterschied zwischen 1,5 und 2 Grad Erwärmung bedeutet gravierende Folgen, etwa mehr Stürme, Dürren, Überschwemmungen, einen steigenden Meeresspiegel und Fluchtbewegungen nie gekannten Ausmaßes.<sup>5</sup>

Es geht beim Pariser Abkommen um die zügige Erreichung von Klimaneutralität, wobei die Gesamtmenge der Emissionen, die auf dem Weg dorthin ausgestoßen werden, das wissenschaftlich berechnete Restbudget nicht überziehen dürfen. Werden Einsparungen heute vertagt, müssen sie morgen umso drastischer ausfallen. Wo heute eine – wenn auch tiefgreifende – Reform genügt, ist morgen ein so radikales Handeln notwendig, dass soziale Erdbeben kaum vermeidbar sind.

Hier zeigt sich der Demokratie-Bezug des Klimathemas. Demokratie gefährdend ist eine Politik, die den ökologischen Horizont weiter verengt, weil sich damit auch die Möglichkeiten verengen, Gesellschaft zu gestalten – und zwar, das ist neu, mit unumkehrbaren Folgen. Was die Politik heute nicht unternimmt, um die Pariser Klimaziele einzuhalten, wird später nicht mehr mit schrittweiser, mehrheitsfähiger Politik aufzuholen sein, sondern nur noch mit brachialem Vorgehen.

Mit anderen Worten: Das Versagen heutiger Politik wird morgen als Ökodiktatur quittiert. Wer der Ökodiktatur entkommen und zukünftig weiter auf demokratische Lösungen setzen will, muss heute klugen, mutigen und konsequenten Klimaschutz betreiben. Der Klimaschutz heute schützt morgen die Demokratie.

Klimaschutz ist damit kein Partikularinteresse, sondern per se gemeinwohlorientiert. Das Pariser Abkommen ist international vereinbart, seine Einhaltung grundgesetzlich geboten. Es geht um nicht weniger als die ökologische Grundlage der Gesellschaft zu erhalten. Von daher stellt sich die demokratisch zu lösende Frage: „Welche institutionellen und rechtlichen Vorkehrungen brauchen wir, um den dramatischen Verzehr an Optionen und damit an Freiheit zu stoppen?“<sup>6</sup>

Damit ist die Debatte um die Folgen der Erderwärmung und die notwendigen Schritte, sie zu begrenzen, die Bühne, auf der Mehr Demokratie mit seinen Forderungen auftreten sollte.

## **B. Kluge Klimapolitik beteiligt die Menschen**

<sup>5</sup> [https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/05/SR15\\_SPM\\_version\\_report\\_LR.pdf](https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/05/SR15_SPM_version_report_LR.pdf)

<sup>6</sup> Bernd Ulrich, ZEIT ONLINE, 12.10.2019

Die bloße Festlegung auf ein Ziel garantiert noch nicht seine Umsetzung. Seit Jahren klafft eine Lücke zwischen den Klimazielen und den tatsächlichen Emissionsminderungen. Das Etappenziel 2020 konnte nur eingehalten werden, weil in der Corona-Krise die Lockdowns auch zu einem verringerten Ausstoß von Treibhausgasen geführt haben.<sup>7</sup>

Die Umsetzung der Klimaziele, zumal wenn diese weiter nachgeschärft werden müssen, sind nur durch gewaltige Umstellungen der Gesellschaft zu erreichen. Klimaziele sind zunächst abstrakt, die Klimaschutzmaßnahmen, die notwendig sind, um sie einzuhalten, jedoch konkret. Sie werden tief in den Alltag aller Menschen eingreifen. Die Idee der Demokratie ist, dass jeder Mensch, Entscheidungen, die ihn betreffen, auch beeinflussen können muss. Wird dies ignoriert und konkreter Klimaschutz allein „von oben“ beschlossen oder eine von mehreren möglichen Herangehensweisen als „alternativlos“ dargestellt, besteht die Gefahr, dass der Klimaschutz als Ganzes abgelehnt wird. Damit würde der Rückhalt für Notwendiges ausgehöhlt und konsequenter Klimaschutz auf noch dünneres Eis geschoben.<sup>8</sup>

Klimaschutz verlangt heute Maßnahmen auf allen politischen Ebenen – von der EU bis zu den Kommunen. Es werden jedoch sehr unterschiedliche Mitbestimmungsrechte angeboten.

Auf allen Ebenen gibt es Instrumente der Bürgerbeteiligung: Auf EU-Ebene die Europäische Bürgerinitiative, auf Bundes- und Landesebene Petitionen und Dialogformate. Am vielfältigsten und kreativsten wird Bürgerbeteiligung in Kommunen angeboten und praktiziert.

Ein Ausbau ist gerade vor dem Hintergrund der anhebenden Klimadebatte notwendig. Würden beispielsweise Bürgerräte auf Bundesebene implementiert und so zu einem selbstverständlichen Beteiligungsformat, ließe sich damit der (tatsächlich demokratisch machbare) Handlungsspielraum etwa für energie- oder verkehrspolitische Transformationen ausloten und zwar deutlich umfassender, als dies etwa durch Umfragen möglich ist.<sup>9</sup> Dass heute die Zivilgesellschaft gezwungen ist, einen Bürgerrat Klima zu organisieren und zu finanzieren,<sup>10</sup> um dann der Politik zu empfehlen, sich an den Ergebnissen zu orientieren, markiert die politische Notwendigkeit, die Bürgerbeteiligung auszubauen und beispielsweise Bürgerräte zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Internationale Beispiele demonstrieren, dass insbesondere der Umgang mit der Klimakrise Regierungen und Parlamente herausfordert, Bürgerräte zu Rate zu ziehen.<sup>11</sup>

---

<sup>7</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/klimaziel-2020-101.html>

<sup>8</sup> Vor dem Hintergrund des Corona-Lockdowns reden Klimaleugnerinnen und -leugner bereits heute vom drohenden Klima-Lockdown – ein Totschlagargument.

<sup>9</sup> [https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2021/2021-05-06\\_Institutionalisierung\\_von\\_losbasierten\\_Bu\\_\\_rgerra\\_\\_ten\\_1\\_.pdf](https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2021/2021-05-06_Institutionalisierung_von_losbasierten_Bu__rgerra__ten_1_.pdf)

<sup>10</sup> <https://buergerrat-klima.de/>

<sup>11</sup> <https://www.buergerrat.de/aktuelles/prima-klima-durch-buergerraete/>

Dennoch wird nur mit der direkten Demokratie als Netz und doppeltem Boden die Bürgerbeteiligung erst verlässlich, mindestens verlässlicher, wirksam. Dies zeigt auch das Beispiel des Klima-Bürgerrates in Frankreich. 149 Empfehlungen hat der französische Bürgerrat der Politik ins Stammbuch geschrieben.<sup>12</sup> Umgesetzt wird davon nur wenig.<sup>13</sup>

Auf Landes- und kommunaler Ebene kann die direkte Demokratie flächendeckend genutzt werden. Und sie wird genutzt: Initiativen setzen den Klimaschutz damit auf die Tagesordnung der Gemeinde-, Stadträte und Kreistage, befördern so die Debatte und signalisieren Politik und Verwaltung Handlungsdruck. Gegebenenfalls werden mit Bürgerbegehren auch Abstimmungen erzwungen – zunehmend zu ökologischen Themen.<sup>14</sup> Das wird perspektivisch eine stärkere Bürgerbeteiligung und vor allem eine ernsthafte Berücksichtigung der Kritik und der Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern unterstützen.

Dieser von den Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern formulierte Wille zu einem wirksamen und konsequenten Klimaschutz kann die Reformbereitschaft auch auf Länder- und Bundesebene begünstigen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Erfolg der Klimawende hängt auch ab von der Qualität der Beteiligung und Mitbestimmung durch die Bevölkerung. Von selbst wird die Politik aber vermutlich auch in Zukunft und beim Klima-Thema echte Beteiligung nicht voranbringen – es braucht weiterhin starke Stimmen aus der Zivilgesellschaft.

### **C. Was darf und kann Mehr Demokratie tun?**

1. In einer Demokratie muss es gelingen, einen wirksamen Klimaschutz zu verabreden und zu gestalten. Gelingt das nicht, wird sich der demokratische Spielraum umso mehr verengen, je länger die notwendigen Maßnahmen hinausgezögert werden. Mehr Demokratie sollte und darf deshalb Klimaschutz einfordern.
2. Da alle Menschen von den Folgen der Erderwärmung wie auch von den Maßnahmen, diese zu verhindern, betroffen sein werden, ist es Aufgabe von Mehr Demokratie, zu fordern und zu fördern, dass die sich notwendig entwickelnde Debatte um Klimaschutz breit geführt wird, möglichst viele Menschen beteiligt werden und dies in demokratische Entscheidungen mündet.

---

<sup>12</sup> <https://www.buergerrat.de/aktuelles/klima-buergerrat-beschliesst-empfehlungen/>

<sup>13</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/frankreich-nationalversammlung-verabschiedet-franzoesisches.697.de.html?dram:article\\_id=496693](https://www.deutschlandfunk.de/frankreich-nationalversammlung-verabschiedet-franzoesisches.697.de.html?dram:article_id=496693)

<sup>14</sup> Allein 40 Radentscheide und 11 Begehren zur kommunalen Klimaneutralität listet die Datenbank Bürgerbegehren für die vergangenen vier Jahre: <http://datenbank-buergerbegehren.info/>